



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21631 - 33
Fernschreiber 0886890

P/XIV/162 - 23. Juli 1959

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1	Die politische Bombarverlegung Von Fritz Erler Stellv. Vorsitzender der SPD	55
2 - 3	Zweckpessimismus ist keine Politik Günter Markscheffel berichtet aus Genf	90
4 - 5	Die deutsche Passagierschiffahrt und der Bund Von H.G. Ritzel, MdB Mitglied des Haushaltsausschusses	65
6	Es begann vor sieben Jahren Kairo am Jahrestag seiner Revolution	45

* * *
* * *

Die politische Bomberverlegung

Von Fritz Wrler

Stellv. Vorsitzender der SPD

Die Verhandlungen über die deutsche Frage sind festgefahren. Es ist bedauerlich, daß die Sicherheitsprobleme nicht ernsthaft erörtert wurden. Sie boten die einzige Aussicht, das Deutschlandproblem in Fluß zu bringen. Wieder einmal wurde die Sowjetunion in der Frage des Truppenabzuges nicht gestellt. Offentbar fürchtet der Westen eine Erörterung dieses Komplexes.

Dabei geht es nicht nur um militärische Bedenken. Es ist viel zu offenkundig, daß bei einem Abzug aller fremden Truppen aus Mitteleuropa (also mit Verbleib der Amerikaner in Westeuropa) für den Fall eines sowjetischen Angriffs die Verteidigung bessere Chancen hätte, weil sie mit dem Gebiet und der Menschenkraft der Länder bis zur polnischen Ostgrenze rechnen könnte. Es scheinen also wohl in Wahrheit politische Elemente den Hauptgrund der westlichen Befürchtungen abzugeben.

Es geht um die Kontrolle des Weges Deutschlands. Man ist nicht zufrieden mit der Gewisheit, daß ein wiedervereinigtes Deutschland ökonomisch, sozial und kulturell ein westlicher Staat wäre, sondern wünscht, auch militärisch Deutschland fest unter der Kontrolle der westlichen Koalition zu haben. Daraus ergibt sich ein Interesse an der Bewahrung der Spaltung Deutschlands, weil die Wiedervereinigung mit der Mitgliedschaft des wiedervereinigten Deutschlands in der NATO nicht erreichbar ist. Man stellt dennoch gerade diese Forderung in der Verkleidung der sogenannten Entscheidungsfreiheit des wiedervereinigten Deutschlands für seine Bündnisse immer wieder auf, weil man dann so schön beruhigt sein kann: Man hat die Wiedervereinigung zwar gefordert, aber gleichzeitig Bedingungen daran geknüpft, an denen sie scheitern muß.

Die Sozialdemokratie hat seit Jahren Bedenken gegen die immer unauf löslicher werdende Einschmelzung der westdeutschen militärischen Verbände in die europäische NATO-Struktur vorgetragen. Je unentbehrlicher die Bundesrepublik darin wird, desto aussichtsloser wird die Wiedervereinigung, weil die NATO dann ein lebenswichtiges Interesse daran gewinnt, selbst um der Wiedervereinigung willen die Bundesrepublik nicht aus ihrem Verbände herauszulassen. Die Integration betrifft im wesentlichen nur die in der Bundesrepublik stehenden Verbände. Das macht den Sachverhalt noch deutlicher. Frankreich sucht zwar über das deutsch-französisch-italienische Rüstungsdreieck, auch seine Rüstungswirtschaft mit der deutschen zu verzahnen, hat aber seine Truppen durch die Entsendung nach Algerien dem NATO-Kommando in Europa entzogen, seine Mittelmeerflotte aus der NATO-Bindung weitgehend gelöst und die mit Atomwaffen ausgestatteten amerikanischen Flugzeuge aus Frankreich vertrieben. Frankreich will eine eigenständige Großmacht sein. Aber außerdem wird durch diese seine Politik die Bundesrepublik noch unentbehrlicher für die NATO.

Man hat die Bomber zum großen Teil in die Bundesrepublik verlegt, obwohl nach der Meinung von Minister Strauss schwere Artillerie nicht in den vordersten Schützengraben gehört. Dennoch hat sich Bonn sehr schnell mit der Verlegung einverstanden erklärt. Man wollte wohl nicht nur der NATO Schwierigkeiten ersparen, sondern gleichzeitig auch Frankreichs Bestrebungen unterstützen und selbst ein bisschen unentbehrlicher werden. Damit sollte wohl auch, und gerade während der Ganfer Konferenz, der Diskussion um einen Truppenabzug aus Mitteleuropa ein weiterer Schlag versetzt werden. Je mehr die Bundesrepublik zum Hauptarsenal der NATO auf dem europäischen Kontinent wird, je mehr sie sogar auch die atomaren Vergeltungsmöglichkeiten der NATO auf ihrem Boden installiert, desto schwieriger wird natürlich die militärische Umgruppierung im Falle der Wiedervereinigung. Deshalb kann man nur mit Sorge die jüngsten militärpolitischen Entscheidungen beobachten.

+ + +

Zweckpessimismus ist keine Politik

Günter Markscheffel berichtet aus Genf

"Eisenhowers Hoffnung auf das Zustandekommen einer Gipfelkonferenz hat sich verringert". - "Chruschtschow will nicht unbedingt das Gipfeltreffen". - "Man muß abwarten, was Nixon in Moskau ausgerichtet". -

So und ähnlich lauten seit achtundvierzig Stunden die von den einzelnen Delegationen an die Presse tropfenweise herausgegebenen "vertraulichen Informationen". So wird es den Journalisten "aus sicherer Quelle" gesagt, damit diese - ebenfalls aus sicherer Quelle - die "vertraulichen Informationen" weitererzählen oder in ihren Artikeln davon Gebrauch machen.

Zweck solcher Manöver ist natürlich, den "Gegner" unsicher zu machen, ihm verstehen zu geben, daß man "hart" bleiben will und daß sich die Welt auch weiterdrehen würde, wenn jetzt in Genf keine greifbaren Resultate erzielt werden.

* * *

Am meisten in Pessimismus macht die westdeutsche Delegation. Bei ihr wird allen Journalisten erzählt, daß "die Russen doch nicht wollen", daß "es keinen Zweck hat" u.ä.

In Bonn scheint man die Vorstellung zu haben, die Entspannung in Europa, die Wiedervereinigung Deutschlands und die Lösung des Berlin-Problems könnte man bekommen, ohne sich über die atomare Bewaffnung der Bundeswehr, die Übernahme amerikanischer, bisher in Frankreich stationierter Atombomber in die Bundesrepublik und über die militärischen Positionen eines möglicherweise wiedervereinten Deutschlands Gedanken machen zu müssen.

Man tut so, als sei alles in bester Ordnung, als sei die Sowjetunion keine Weltmacht, als habe es nie einen Hitler-Krieg gegeben und als brauche man nur zu warten, bis uns die Wiedervereinigung als reife Frucht in den Schoß fällt.

Wenn so Politik gemacht wird; ist tatsächlich bei dieser Außenminister-Konferenz in Genf kein Resultat zu erwarten, das uns dem von allen Parteien in der Bundesrepublik als "Problem No. 1" bezeichneten Ziel - der deutschen Wiedervereinigung - einen Schritt näherbringt.

* * *

Die Erklärung Gromykos, Moskau werde in Berlin keine einseitigen Maßnahmen ergreifen, solange ein gesamtdeutscher Ausschuß arbeitet und die jetzige Außenminister-Konferenz - oder eine andere, ähnliche Konferenz - Lösungen für das Deutschland-Problem sucht, wird sehr unterschiedlich beurteilt.

Einerseits wird gesagt, diese Erklärung Gromykos sei ein Fortschritt: sie bestätige formell die Aufgabe des sowjetischen Berlin-Ultimatums. Andererseits: Gromyko habe das Ultimatum nur verlängert.

Wenn die Russen im Verlaufe der von Gromyko angesprochenen Verhandlungen glauben, daß für sie hierbei nichts herauskommt, können sie jederzeit das Gespräch abbrechen und das Berlin-Ultimatum wieder als Druckmittel gegenüber dem Westen einsetzen.

Die erste Auslegung der Gromyko-Erklärung wird von den Optimisten gegeben; die zweite ist die der Pessimisten, die von vornherein ein Abkommen mit den Russen für sinnlos halten, etwa nach dem Motto: Die Sowjets halten sich grundsätzlich nicht an Verträge, sie wollen die ganze Welt kommunistisch machen. Fragt man als Journalist Vertreter der zweiten Kategorie, warum sie bei einer solchen Einstellung gegenüber den Sowjets überhaupt verhandeln, warum sie nicht gleich schießen, erhält man gewöhnlich keine Antwort ...

* * *

Es ist natürlich das Ziel der Sowjets, der DDR die volle internationale Anerkennung zu verschaffen. Will man jedoch objektiv sein, dann muß man dieser Feststellung hinzufügen: Die Russen streben dieses Ziel unter den jetzt gegebenen Voraussetzungen der vom Westen als "unabänderlich" bezeichneten Militärblockpolitik an.

Sicher ist es kein Zufall, daß beim Besuch Chruschtschows in Polen mehrfach wieder vom Rapacki-Plan, von einer militärischen Entspannungszone in Europa und von der Aufgabe der Militärblockpolitik gesprochen wurde! Und Gromyko wartet noch immer auf die Beantwortung seiner Frage an die Westmächte, ob man während der Genfer Außenminister-Konferenz nicht mehr auf die Problematik einer militärischen Entspannungszone eingehen wolle!

* * *

In den letzten Tagen wurde hinter den Kulissen der Konferenz viel über den "Gesamtdeutschen Ausschuß" diskutiert. Im westlichen Lager - mit Ausnahme der Delegation der Bundesrepublik - stellt man sich ernsthaft die Frage, ob man an diesem Punkt den Russen nicht etwas entgegenkommen könnte.

Das Gespräch über die Erweiterung seit langem bestehender technischer Kontakte zwischen Bundesrepublik und DDR ist immer noch auf der Tagesordnung. Hier wird zum Beispiel die Möglichkeit erwogen, die Bildung eines Ausschusses von Verfassungsrechtlern aus beiden Teilen Deutschlands anzuregen, der die technische Aufgabe zu übernehmen hätte, der zur ständigen Einrichtung erhobenen Außenminister- oder Botschafter-Konferenz Vorschläge für eine gesamtdeutsche Verfassung zu unterbreitet.

Der Westen würde sagen, es handele sich hierbei um einen "technischen Kontakt"; der Osten würde von einem "politischen Ausschuß" sprechen.

Solche und andere Erwägungen spielen noch immer eine Rolle, wobei allerdings zu bedenken ist, daß sie noch nicht als offizielle Verhandlungsthemen, sondern eben nur als "Kompromißmöglichkeiten" genannt werden.

Die Bonner Delegation lehnt auch diese Erwägungen ab. Wenn es gelegentlich durchsickert, daß man sich auch in der Umgebung Herters oder Selwyn Lloyds mit ihnen beschäftigt, wird sofort Bundespressekopf von Eckardt auf den Plan gerufen, der dann für die notwendige Sprachregelung im Sinne eines "harten Nein" sorgt.

Die deutsche Passagierschifffahrt und der Bund

Von H.G. Ritzel, M.d.B.

Mitglied des Haushaltsausschusses

Die erfolgreiche Jungfernfahrt der "Bremen" lenkt die Aufmerksamkeit der deutschen und der ausländischen Öffentlichkeit wieder einmal auf die deutsche Beteiligung an der Beförderung von in- und ausländischen Passagieren über die Meere der Welt. Der Deutsche Bundestag hat ohne irgendeine Bemerkung dazu zu machen, den diesjährigen Ansatz im Haushalt des Bundesverkehrsministeriums passieren lassen, wonach in Fortsetzung der vorjährigen Bewilligung dem Norddeutschen Lloyd in Bremen ein weiteres Darlehen zur Finanzierung des Erwerbs und des Umbaus des Fahrgastschiffes "Bremen" von 16,5 Mio DM gewährt wurde. Der Norddeutsche Lloyd hat 1957 vom französischen Staat den Fahrgastturbinendampfer "Pasteur" erworben, der während des zweiten Weltkrieges als Truppentransporter gedient hatte und zuletzt stillgelegt war. Der Norddeutsche Lloyd ließ dieses Turbinenschiff zu einem modernen Fahrgastschiff umbauen. Seine heutigen Maße sind: Größe 32 356 BRT, Länge über alles: 212 m, Breite 26,8 m, Zahl der Decks: 12, Dienstgeschwindigkeit 23 Seemeilen oder ca. 43 km/h. Die "Bremen" bietet 1120 Gästen Platz, davon 216 in der Ersten Klasse und 906 in der Touristeklasse. Der Begriff "Zwischendeck" kennt man auf der "Bremen" nicht. Die "Bremen" besitzt 110 Kabinen erster Klasse und 394 Kabinen zweiter Klasse. 80 % sind Ein- bzw. Zweibettkabinen, 13,6 % Dreibettkabinen und 6,4 % Vierbettkabinen. Die sanitäre Einrichtung ist gut. Hervorragend ist die Klimaanlage, weniger gut angesichts des Labyrinths von 12 Decks die Liftanlage. Das Schiff ist ein sogenanntes Siebentageschiff, d.h. es legt die Strecke zwischen Bremerhaven über Southampton und Cherbourg nach New York in sieben Tagen zurück und gehört damit nicht nur zu den modernsten, sondern auch zu den schnellsten Schiffen seiner Klasse.

Die 16,5 Mio DM Darlehen im diesjährigen Haushalt sind die zweite und letzte Bewilligung einer Bundeshilfe für die "Bremen". Vor der ersten, im Haushalt 1958 enthaltenen Bewilligung von ebenfalls 16,5 Mio DM war es im Haushaltsausschuß des Bundestages zu lebhaften Auseinandersetzungen gekommen, die aber schließlich in die Empfehlung der Bereitstellung eines Bundesdarlehens von zweimal 16,5 Mio DM und in

23. Juli 1959

diesem Jahr in die Empfehlung ausmündeten, 1959 inzwischen verfügbar gewordene weitere 1 373 Mio DM darlehensweise zur Verfügung zu stellen. Aus Mitteln des ERP-Sondervermögens wurden dann noch 1 127 Mio DM bereitgestellt. Damit bezieht sich der zwischen der Bundesregierung und dem Norddeutschen Lloyd abgeschlossene Vertrag auf insgesamt 38 Mio DM.

Ist diese Bundeshilfe gerechtfertigt? Ich möchte diese Frage mit einem vorbehaltlosen JA beantworten! Wenn sich Deutschland - und vorerst die Bundesrepublik - nicht aus der internationalen Passagierschiffahrt völlig ausschalten lassen will, dann mußten die Bundesinstanzen dem Verlangen des Senats der Hansestadt Bremen entsprechen. Sie haben es getan und der Erfolg gibt sowohl Bremen und seinem rührigen, weit vorausschauenden Bürgermeister Kaisen als auch der sozialdemokratischen Haltung im Haushaltsausschuß recht. Es waren zwingende volkswirtschaftliche und nationalpolitische Überlegungen, die nach Überwindung anfänglicher Widerstände, die von der CDU ausgingen, zur schließlich einheitlichen Empfehlung des Haushaltsausschusses führten. Die natürliche Grenze einer Bundeshilfe liegt dabei in der Beschränkung auf ein Darlehen, für das eine Annuität von 9 % und ein Zinssatz von 4 % vorgesehen ist. Ein laufender Zuschuß kann nicht in Frage kommen. Das Bundesdarlehen wird mit 18 Mio DM durch eine selbstschuldnerische Bürgschaft der Bremer Landesbank und mit 6 Mio DM durch Bürgschaft des ERP-Sondervermögens gesichert. Daneben wird für das gesamte Bundesdarlehen an rangbereiter Stelle eine Schiffshypothek eingetragen.

Die "Bremen" wird als Flaggschiff des Norddeutschen Lloyd werband für Deutschland wirken. Mit Sicherheit ist zu erwarten, daß sie vor allem zahlreiche Amerikaner nach Deutschland bringen wird. Für diese ist der Preis der Schiffspassage, der in Dollar entrichtet werden muß, auch wesentlich leichter erschwinglich als für Deutsche. Die einfache Passage kostet in der ersten Klasse mindestens 375 Dollar, in der zweiten Klasse 235 Dollar in der Hauptreisezeit. Damit wird die Schiffsreise praktisch teurer als eine Flugreise zum gleichen Ziel. Es wäre aus den verschiedensten Gründen zu wünschen, wenn sich mindestens in der Touristenklasse eine Verbilligung erzielen ließe.

Es begann vor sieben Jahren

ED - Als vor sieben Jahren die Gruppe der jungen ägyptischen Offiziere unter Führung Gamal Abdel Nassers und mit der populären Gestalt des Generals Naguib als zugkräftigen Mann an der Seite dem korrupten Regime des Königs Faruk ein Ende setzten, begann ein neuer, bis zur Stunde noch nicht abgeschlossener Abschnitt in der wechselvollen Geschichte des Nahen Ostens. Was sich heute als Vereinigte Arabische Republik darstellt, was an explosiven inneren Ausbrüchen in Irak und den anderen arabischen Ländern zu verspüren ist, hat seinen Ursprung nicht zuletzt in der Machtergreifung der ägyptischen Armee im Jahre 1952. Wie auch immer man dieses Ereignis bewerten mag, festzustellen bleibt, dass seine Bedeutung damals wie heute noch kaum richtig erkannt wird. Das politische Erwachen der Völker, die bis vor kurzem noch unter kolonialer Herrschaft oder Einfluss standen, wird von sozialen und geistigen Konvulsionen begleitet, die mehr sind als nur der Wechsel einer Herrschafts- oder Wirtschaftsform. Die Ausläufer der grossen asiatischen antikolonialen Bewegung, mit ihren so verschiedenen Varianten wie Indien und China, haben den afrikanischen Kontinent erreicht. Und man geht nicht fehl in der Annahme, dass ohne die Existenz des nasseristischen Ägyptens der Kampf der Algerier um ihre nationale Freiheit weit weniger Erfolg gehabt hätte. Wie so oft in der Historie wirkt die Existenz eines politischen und sozialen Gemeinwesens als revolutionärer Gärstoff. Ägypten und das im vorigen Jahr mit ihm vereinigte Syrien dienen ohne Zweifel als Gärstoff besonderen Ausmasses. Und unter diesem Blickwinkel müssen auch die Vorgänge im Juli 1952 betrachtet werden. Durch sie wurden Kräfte freigesetzt, die heute, sieben Jahre später, schon recht eigenständig wirken, und kaum mehr als Folgen der Ägyptischen Revolution angesehen werden, deren legitime Kinder sie aber in Wirklichkeit sind. Der Aufstieg Nassers mag ein persönliches und politisches Phänomen sein, dass für die meisten alle anderen Ereignisse überschattet. In Wirklichkeit aber muss der Aufstand der Offiziersgruppe in Kairo als das entscheidende Menetekel der grossen afro-asiatischen Revolution angesehen werden. Was sich in jenem Kollektiv vollzog, das hatte seine geschichtsmächtige Kraft, und dabei ist es gleichgültig, ob der Exponent Nasser oder anders heisst. Das sollte keinesfalls die politischen Fähigkeiten dieses Mannes schmälern, die er ohne Zweifel besitzt, noch die weltpolitischen Konstellationen unterbewerten, die ein solches Aufsteigen ermöglichten. Aber eine Revolution vom Ausmass der Ägyptisch-arabischen ist das Werk eines Kollektivs und der in ihm wirkenden Ideen. Und hierin liegt die Sprengwirkung der Revolution, die vor sieben Jahren begann, über Suez zum Irak führte, und von der niemand weiss, an welchen Gestaden sie enden wird.